

## Sozialdemokratie und Kirche.

Von Karl Vorländer (Solingen).

Unsere Partei hat von Anfang an die »Erklärung der Religion zur Privatsache« auf ihr Programm geschrieben, mithin als Partei den Grundsatz voller Neutralität gegenüber Kirchen- und religiösen Gemeinschaften aller Art ausgesprochen, die sie als »private Vereinigungen« betrachtet, »welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen«. Dagegen beweisen auch Aussprüche einzelner, wenn auch noch so angesehener Führer nichts, wie der August Bebel in seiner Broschüre »Christentum und Sozialismus«, wonach diese beiden Weltanschauungen miteinander so unvereinbar seien »wie Feuer und Wasser«. Bezeichnend ist vielmehr, daß die offiziellen Tagungen der Partei sich stets auf den Standpunkt jener unbedingten Neutralität gestellt haben. Als auf dem Münchener Parteitag (1902) der freireligiöse Prediger Welcker aus Wiesbaden eine religiöse Aufklärungsarbeit (antikirchliche Flugblätter, Kleinarbeit in den Werkstätten usw.) von Partei wegen verlangte, weil ohne geistige und religiöse Freiheit auch die politische unmöglich sei, da fand er auf allen Seiten Widerspruch. Besonders heftigen bei Vollmar, aber auch bei Bebel und selbst bei Adolf Hoffmann, der sich nur gegen den scharfen Ton Vollmars wandte. Bebel erklärte unter anderem: »Wir stehen, und das ist unsere heiligste Überzeugung, auf dem Standpunkt, daß wir in religiösen Glaubensfragen absolute Neutralität und nichts als Neutralität zu beobachten haben.« Und für Welckers Resolution erhoben sich bloß — zwei Hände.

Auch sieben Jahre später in Leipzig wurde ein viel weniger weitgehender Antrag Breslau, der zur Ermöglichung von Dissidentenschulen, »um die Jugend dem verderblichen Einfluß des dogmatischen Religionsunterrichts zu entziehen«, denjenigen Parteigenossen, »die innerlich mit den Kirchenlehren gebrochen haben«, dringend den Austritt aus der Landeskirche empfahl, nach verhältnismäßig kurzer Debatte »mit erheblicher Mehrheit« abgelehnt. Mit Recht hat man den Kampf gegen die Kirche oder ihre Vertreter stets nur in dem Falle verlangt, wo sie sich als Beschützerin des Kapitalismus, als machtsstaatlicher Organismus im Dienste des Unternehmertums erweist.

Wiel feindlicher hat sich die Kirche ihrerseits gegen die Sozialdemokratie, insbesondere gegen diejenigen ihrer (der Kirche) Diener gezeigt, die zur Sozialdemokratie neigten oder gar ihr öffentlich beizutreten wagten. Ich habe den ganzen Komplex der hierher gehörigen Fragen vor etwa neun Jahren in einer ausführlichen, aber wegen ihrer Veröffentlichung in einer wissenschaftlichen Zeitschrift weiteren Kreisen wohl kaum bekanntgewordenen Abhandlung<sup>1</sup> behandelt und möchte daraus wenigstens einiges zum Thema Gehörende mitteilen, was zugleich von kulturgeschichtlichem Interesse sein dürfte. In Betracht kommen namentlich die zwei Fälle Öhre (1900) und Blumhardt (1899). Allerdings hat seine vorge setzte kirchliche Behörde, das »königliche« Konsistorium der Provinz Brandenburg, den bereits drei Jahre zuvor aus dem praktischen Pfarramt geschiedenen, aber noch dem geistlichen Stande angehörigen Pfarrer a. D. Paul Öhre langmütigerweise noch über ein halbes Jahr nach dem öffentlichen Bekanntwerden seines Übertritts zur Sozialdemokratie in Ruhe gelassen. Als dann jedoch der Abtrünnige in Aufsätzen und einer Rede für seine Auffassung von Religion und Christentum, aber gegen die offizielle Staatskirche auftrat, da legte sie ihm nahe — wie bezeichnenderweise von dieser staatskirchlichen Behörde gesagt wird —, »zur vollen Klarstellung der Rechtslage« (!) und »im Interesse einer Verhütung von Mißverständnissen und Argernissen« auf seine Rechte als »Träger des geistlichen Standes der

<sup>1</sup> K. Vorländer, »Sozialdemokratische Pfarrer« im »Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik« (von Sombart, M. Weber und S. Jaffé) 30. Band, 2, S. 455 bis 513.

preussischen Landeskirche« fortan zu verzichten: da das Konsistorium andernfalls das ihm selbst »unerwünschte« Disziplinarverfahren auf Entziehung dieser Rechte gegen ihn einleiten müßte. Es ist schade, wenn auch psychologisch wohl begreiflich, daß Öhre dann auf diese berühmten Rechte freiwillig verzichtet und so dem Konsistorium eine nähere Begründung seines Vorgehens erpart hat; eine »neue wertvolle Aufklärung für weite Kreise«, um mit Öhres eigenen Worten zu reden, ist damit verlorengegangen.

Außerlich etwas anders, aber im Wesen kaum verschieden, verlief der Fall Blumhardt. Christoph Blumhardt (geb. 1842) in Bad Boll bei Göppingen war zwar nicht besoldeter Pfarrer der württembergischen Landeskirche gewesen, hatte aber nach dem Tode seines Vaters gleich diesem die Ausübung pfarramtlicher Tätigkeit für sein Besitztum (eben Bad Boll) zugestanden bekommen, übrigens hatte er, nachdem er sich freikirchlicher entwickelt, 1893 freiwillig auf dieselbe verzichtet und nur den ihm ausdrücklich zuerkannten Titel »Pfarrer« beibehalten. Sobald er aber öffentlich als Sozialdemokrat auftrat (er wurde dann später Landtagsabgeordneter der Partei für Göppingen), wurde auch er vom Konsistorium aufgefordert, den Pfarrertitel aufzugeben, welchem Ersuchen er denn auch ohne weiteres entsprach. Ob nun das Vorgehen der Kirchenbehörde sich (wie im letzteren Falle) in süddeutsch-milderer oder (wie gegenüber Öhre) in preussisch-gröberer Form vollzog: in beiden Fällen zeigte sich die ihrem Namen und Vorgehen nach »dem Herrn« geweihte Kirche, bewußt oder unbewußt, als bloßes Werkzeug der herrschenden Klassen.

Erfreulicher liegen die Dinge in politisch wie kirchlich mehr oder weniger demokratisch eingerichteten Ländern wie in Holland und der Schweiz, wo, wenn wir von der katholischen Kirche absehen, die Kirche nicht Landes- oder Staats-, sondern Gemeinde-, das heißt Volkskirche ist. In der Schweiz speziell (von Holland ist uns nichts Genaueres in dieser Hinsicht bekannt) werden die Pfarrer von den Gemeindegliedern entweder auf eine bestimmte Zeit, im Kanton Zürich zum Beispiel auf sechs Jahre, oder lebenslanglich gewählt. Lehr- und Bekenntniszwang gibt es nicht, der Pfarrer ist allein auf sein Gewissen und die Zustimmung der Mehrzahl seiner Gemeindeglieder gestellt. Im Kanton Zürich ist ein Druck irgendwelcher Art gegen einen sozialdemokratischen Pfarrer um so mehr ausgeschlossen, da in den demokratisch organisierten Kirchenvorständen usw. ebenfalls sozialdemokratische »Kirchgendßen« sitzen. So gibt es denn auch in der Schweiz eine ganze Reihe sozialistisch gesinnter, sozialdemokratisch organisierter evangelischer Pfarrer, denen zum Teil die höchsten Ehrenämter der Partei widerspruchslos übertragen worden sind: Pflüger in Zürich, Reichen in Winterthur und Engster in Appenzell, der allerdings nach seiner Wahl in den Nationalrat sein Pfarramt aufgegeben hat. Ihre Stellung als Pfarrer hat ihnen in den Augen ihrer Parteigenossen nie geschadet, zumal da man in der Schweiz an den politisierenden Pfarrer von jeher gewohnt war.

In Holland, wo die sozialistische Bewegung unter den Pfarrern schon vor vier Jahrzehnten mit dem bekannten Domela Nieuwenhuis, der sich später zum Anarchisten entwickelte, ihren Anfang genommen hatte, sind seit 1897 eine ganze Reihe älterer und jüngerer Pfarrer der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei beigetreten, die (bis 1907 etwa 15) nach eigenem Zeugnis schon viel dazu beigetragen haben, die gegnerische Haltung zahlreicher Parteigenossen gegen die Religion zu mildern wie andererseits unter überzeugten Christen Sympathien für den Sozialismus zu wecken. Daneben besteht, ebenso wie in der Schweiz, eine noch zahlreichere Gruppe sozialistisch gesinnter Geistlicher, die nur noch nicht eingeschriebene Parteimitglieder geworden sind.

Auch innerhalb der evangelischen Kirchen anderer Länder fand der Sozialismus — und zwar der moderne, der die Vergesellschaftung aller Produktionsmittel fordert — seit Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts immer mehr Anhänger. In

England beglückwünschten nach den Wahlen von 1906 einhundertundzwanzig Geistliche der anglikanischen Kirche in einem offenen Briefe die Labour Party zu ihren Wahlerfolgen. Bald darauf wurde eine Church Socialist League gebildet, deren Mitglieder politisch und ökonomisch den reinen Sozialismus vertreten. In den Vereinigten Staaten von Amerika bildete sich ebenfalls um 1901 eine christlich-sozialistische Vereinigung, die betonte, daß der Sozialismus »die notwendige wirtschaftliche Forderung des christlichen Lebens ist« und zu den Mitarbeitern ihres in Chicago erscheinenden Organs »The Christian Socialist« hauptsächlich Pfarrer zählte. Im nördlichsten Norwegen wurde schon 1903 der Pfarrer Dr. Alfred Eriksen als Mitglied der Partei in den Storting gewählt; und auch in Schweden und Dänemark war schon vor zehn Jahren eine starke Bewegung innerhalb der Landeskirche zugunsten der Sozialdemokratie vorhanden, ohne daß die Kirchenbehörden darin etwas erblickten, was mit dem geistlichen Amte in Widerspruch stände.

Schwieriger ist die Lage der Dinge innerhalb der katholischen Kirche zu beurteilen. So waren in Italien schon der alten Internationale vereinzelte Priester beigetreten, aber — offenbar infolge des kirchlichen Druckes — immer wieder daraus verschwunden. Im Jahre 1908 löste sich von der »christlichen Demokratie« Romolo Murris eine Gruppe Socialisti Christiani los, die sich offen zum Kollektivismus bekannten, aber (damals) die nachgesuchte Aufnahme in die Sozialdemokratische Partei nicht erlangten, weil man von ihnen eine »Verchristlichung« der Partei befürchtete, deren Geist antiideologisch sei. So nach der Mitteilung von Robert Michels (1910); wie sich die Dinge seitdem entwickelt haben, kann ich leider nicht sagen. Bezeichnend jedenfalls und typisch für das ganze Verfahren der katholischen Kirchenbehörden erscheint der Einzelfall van den Brink in Holland, über den dieser selber in einer besonderen Broschüre (deutsch 1906 im Vorwärts-Verlag) berichtet hat. Dieser gelehrte Priester wurde, sobald er in den Verdacht sozialistischer Anschauungen geriet, auf alle Weise geschurigelt, von einem kleinen Nest in das andere veretzt usw. Man entzog ihm — während er gleichzeitig vom Papst Leo XIII. allerlei Auszeichnungen erhielt — die Erlaubnis zum Messelesen (1901). Er erhielt sie auf seine Beschwerde zwar wieder (1902), wurde aber 1904 wiederum von seinem Amte suspendiert, weil er einen Sozialdemokraten brieflich mit »Gehörter Parteigenosse!« angeredet hatte.

Im allgemeinen sind die zur Partei übergetretenen Geistlichen namentlich von der Masse der Genossen (weniger vielleicht von den Führern) mit offenen Armen aufgenommen worden. Und wenn auf dem Dresdener Parteitag aus bekannten Gründen ein früher nicht vorhandenes Mißtrauen gegen die »Akademiker« erwachte, so hat sich dieses keineswegs gegen die Theologen als solche gerichtet. Andererseits haben aber die politisch Interessiertesten unter den zur Partei Übergetretenen auch in den demokratischen Ländern meistens eingesehen, daß sie auf die Dauer nicht zwei Herren dienen könnten, und haben daher ihr Pfarramt freiwillig niedergelegt, wie in Holland Melchers und Hugenholz, in der Schweiz Brandt, Wirth und die beiden Brüder Engster.

Doch genug des Historischen. Wie steht es augenblicklich mit dem Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Kirche in der freien deutschen Republik? Kein Zweifel, daß die katholische Kirche, schon bisher unsere stärkste Gegnerin, uns auch ferner in ihrem Innersten feindlich gegenüberstehen wird. Trotz mancher Berührungspunkte auf sozialistischem Gebiet, trotzdem sie, wie die Geschichte aller Jahrhunderte zeigt, sich mit unglaublicher Gewandtheit allen Verfassungsformen vom starrsten Absolutismus bis zur freiesten Demokratie anzuschmiegen gewußt hat, bleibt der prinzipielle Gegensatz unüberbrückbar. Das beweist nicht bloß die Schärfe des verflochtenen Wahlkampfes gerade mit der Zentrumspartei, das beweist jede strenge katholische Zeitung, Zeitschrift, Broschüre. Auch die erste einer neuen von dem bedeutsamen Herderschen Verlag (Freiburg i. Br.) herausgegebenen Flugchriftenreihe, betitelt »Neubau der Gesellschaft«, verfaßt von einem Vertreter der

konsequentesten Richtung innerhalb des Katholizismus, dem Jesuitenpater Heinrich Pesch. Pesch verlangt zwar in hochtönenden Worten »vollen Bruch mit dem kapitalistischen System«, das in schroffstem Gegensatz zur christlichen Soziallehre und Moral stehe (S. 8), an dessen Stelle eine »echt soziale, solidaristische Arbeitsverfassung« zu treten habe (S. 1); aber er sucht im selben Atem seine Leser grüßelig und kopfschau zu machen vor der vollendeten »Ratlosigkeit« (S. 4), der »völligen volkswirtschaftlichen Impotenz« (S. 16), den »Phantomen« (S. 17), dem »undeutlichen« »Staats- oder Gesellschaftsabsolutismus« (S. 18), vor allem aber vor dem »schrecklichsten Verbrechen« des »Sozialismus«, »daß er dem Volke den Glauben geraubt hat« (S. 4).

Trotzdem mehren sich auch auf diesem Gebiet allerlei zukunftsverheißende Zeichen. Der Abfall der Massen von der politischen Führung durch die katholische Kirche, der bereits bei den Reichstagswahlen von 1903 einsetzte und seitdem in deutlicher, wenn auch langsamer Zunahme begriffen war,<sup>2</sup> hat bei den letzten Wahlen zur deutschen National- und preussischen Landesversammlung mächtige Fortschritte gemacht. Gewiß ist das Zentrum mit den Demokraten die stärkste bürgerliche Partei (daß es die Demokraten noch um wenige hunderttausend Stimmen übertrifft, war teilweise durch die Zurechnung der weissen Stimmen veranlaßt), aber das verdankt es zum großen Teil nur den Frauenstimmen, die auch in den Arbeiterkreisen, wie für bestimmte Bezirke in Köln statistisch genau nachgewiesen ist, viel zahlreicher dem Zentrum als der Sozialdemokratie zugute gekommen sind. Wir zitierten bei unseren Betrachtungen von 1903 und 1907 das Wort: »Wo Schachtgerüste und Schornsteine sich erheben, weicht das Zentrum.« Den unwägbaren Wirkungen des Krieges, der Aufstellung der Köpfe durch den Verkehr mit unseren Genossen innerhalb der feldgrauen Millionenheere haben wir es zu danken, daß unsere Ideen jetzt auch in fast rein ländlichen Gegenden großartige Erfolge errungen haben. Und das gilt nicht bloß von dem evangelischen Ostpreußen und Pommern, sondern auch von den zum allergrößten Teil katholischen Bezirken Köln-Machen (87 Prozent Katholiken), Oberbayern und Schwaben (89,3 Prozent), Oppeln (91 Prozent) und Niederbayern mit Oberpfalz (95,4 Prozent), in welchem letzten zum Beispiel unsere Stimmenzahl sich versiebenfacht und über 26 Prozent der abgegebenen Stimmen erreicht hat!

Auch in der bisher als unüberwindbar geltenden schwärzesten Eifel dringen wir — man braucht nur einen Blick in unser kölnisches Parteiorgan, die »Rheinische Zeitung«, zu werfen — siegreich vor. Die Massen also haben sich auch innerhalb des Katholizismus der Sozialdemokratie zuzuwenden begonnen, und es gilt nur, diese uns günstige Entwicklung nicht durch allerhand Dummheiten zu unterbrechen, sondern durch eine kluge Politik zu unterstützen.

Bei der protestantischen Kirche liegen die Dinge insofern wesentlich anders wie bei der katholischen, als sie bekanntlich kein einheitliches Ganze bildet. So hängen die Beziehungen zur Sozialdemokratie, wenn wir von den Massen der Gemeindeglieder absehen, ganz wesentlich von den Persönlichkeiten der einzelnen Kirchenvertreter, vorzugsweise also der Geistlichen ab. Diese aber fühlen sich im jetzigen demokratischen Staate, unter einem sozialistischen Minister — charakteristischerweise schaltet das heutige Ministerium »für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung« schon in seinem Namen die »geistlichen Angelegenheiten« aus und kündigt so seine Tendenz auf Trennung von Staat und Kirche an — naturgemäß viel freier. Eine größere Anzahl von Theologen hat denn auch unter Führung des demokratischen Marburger Theologieprofessors Rade eine Vereinigung »Volkskirche und Kirchentag« gegründet (die in kleinerer Zahl auch Laien und Frauen umfaßt) und eine

<sup>2</sup> Vergl. die von mir damals unter dem notgedrungenen Pseudonym »Akademikus« veröffentlichten ausführlichen Nachweise in »Statistische Nachklänge zu den Reichstagswahlen«, Neue Zeit, 22. Jahrgang, 1. Band (1903), S. 489 bis 494, 25. Jahrgang, 2. Band (1907), S. 431 bis 434, 30. Jahrgang, 2. Band (1912), S. 825, 868 bis 871.

kirchliche »Neugeburt« bezweckt. Ein anderer, mehr politisch gerichteter Kreis (darunter Naumann!) hat ein »Wochenblatt für das evangelische Haus«, genannt »Der christliche Demokrat«, ins Leben gerufen, das »entschiedene Vertretung der christlichen Idee vom menschlichen Brudertum und ihre Anwendung auf sämtliche menschlich-gesellschaftliche Lebensformen« fordert und praktisch eine »engere Verbindung von Christentum und evangelischer Kirche« mit der — »politischen Linken« erstrebt.

Im früheren Königreich Sachsen sind bereits fünfzig Pfarrer zu einer sozialistischen Vereinigung zusammengetreten. Auch in Berlin hat sich nach neuesten Zeitungsnachrichten ein Bund »Neue Kirche« gebildet, der »nicht die Sozialdemokratie für die Kirche, sondern die Kirche für den Sozialismus Jesu gewinnen« will, das heißt »für die Religion des Brudertums aller Menschen«, die sich im Leben der einzelnen, des Staates wie der Völkervwelt bewähren soll. Im Gegensatz zu der bisherigen politisch vorwiegend konservativ gerichteten Kirche stellt sich die »Neue Kirche« »mit aufrichtiger Sympathie« auf den Boden der neuen Republik und billigt in wirtschaftlicher Beziehung »grundsätzlich die Überwindung des kapitalistischen Egoismus durch einen gerechten und weitsblickenden Sozialismus«.

Näher für unser Thema in Betracht kommt ein Vortrag, den ein Mitglied der Radeschen Vereinigung, Pfarrer Georg Frihe in Köln, am 15. Januar 1919 auf Einladung des dortigen Sozialdemokratischen Vereins und zusammen mit Genosse Meerfeld im altberühmten Gürzenich-Saale der rheinischen Metropole vor einer überfüllten Massenversammlung über »Kirche und Sozialdemokratie« gehalten hat. Der Vortrag, der kurz darauf in unserem Kölner Parteiverlag (15 Seiten stark) erschienen ist — und dessen Inhalt der Vortragende später auch in Bonn in einem Redebuell mit einem gegnerisch gesinnten Amtsbruder verteidigt hat —, »ersehnt heiß« eine Versöhnung zwischen beiden Teilen. Unumgänglich erscheinen ihm jedoch zwei Vorbedingungen: 1. die Kirche muß ein ganz anderes Verständnis gewinnen für die tieferen Gründe der sozialdemokratischen Bewegung; 2. die Sozialdemokratie desgleichen für den Wert der geistig-seelischen Kräfte (S. 4). Wenn er dann bei der letzteren (mit dem Theologen E. Förster, Frankfurt) den größeren »Glauben« an die Möglichkeit dreier Dinge: Beseitigung der Kriege, Herbeiführung einer größeren Gleichheit unter den Menschen, Unschädlichmachung des wirtschaftlichen Egoismus, gesunden zu haben erklärt (S. 10), so wäre damit ja eigentlich seine Forderung des Verständnisses für geistige Werte schon erfüllt. Wichtig ist, daß auch Frihe völlige Trennung der Kirche vom Staate in ihrem eigenen seelischen Interesse fordert.

Frihe befindet sich noch auf der Stufe des Überganges. Wesentlich näher der Sozialdemokratie und ganz auf den Boden des Sozialismus stellt sich ein Aufruf, den der Pfarrer Lizentiat Dr. Hans Hartmann aus Kehlberg bei Solingen am 1. Mai dieses Jahres in Rades »Die christliche Welt« veröffentlicht hat. Unter der an die berufene leidenschaftliche Schrift des Züricher Pfarrers Rutter (vergl. K. Vorländer, a. a. O. S. 499 f.) erinnernden Überschrift »Wir Pfarrer« fordert er zu einem Zusammenschluß der sozialistischen Pfarrer, das heißt nach seiner Begriffsbestimmung aller derer auf, die »1. einen Neuaufbau der Kirche wollen; 2. die glauben, daß der nur geschehen darf mit Hilfe der Arbeiterschaft; 3. die glauben, daß die Arbeiterschaft nur mithilft, wenn sie inneres Verständnis für ihre Ideale findet; 4. die ihrerseits überzeugt sind von der Gerechtigkeit der sozialistischen Ideale und die sozialistische Liebesidee Christi im gesamten praktischen Leben durchgesetzt wissen wollen«.

Daraufhin haben sich, wie mir Lizentiat Hartmann mündlich mitgeteilt hat, etwa dreißig sozialistische Pfarrer gemeldet; davon gehört etwa die Hälfte, obwohl in dem Aufruf »Zugehörigkeit zu einer bestimmten Partei oder einem bestimmten sozialistischen Parteiprogramm nicht vorausgesetzt« wird, einer der beiden sozialdemokratischen Parteien an. Hartmann selber aber setzt, obwohl äußerlich noch keiner

der beiden Parteien angehörig, seine Agitation zugunsten eines energischen, ideal und religiös gerichteten Sozialismus fort. Am 1. Mai hielt er — »wohl einzig dastehend in der ganzen deutschen Republik«, wie ein Teilnehmer in der unabhängigen »Bergischen Arbeiterstimme« berichtet — eine Maitéier, bestehend aus Festansprache und musikalischen Darbietungen — in seiner kleinen Landkirche ab, die nach dem Bericht des unabhängigen Sozialdemokraten und Freidenkers sehr erhehend verlief. Und am 28. Mai fand im Solinger Gewerkschaftshaus eine von der U. S. P. einberufene, stark (unter anderen auch von einer Anzahl unserer Parteigenossen) besuchte Versammlung statt, in der Hartmann über das Thema »Brauchen wir noch eine Religion?« referierte, und die mit der einstimmigen Annahme folgender Resolution schloß:

»Die Versammlung lehnt die Religion im bisherigen, vor allem kirchlichen Sinne ab. Sie beantwortet die Frage: »Brauchen wir eine Religion?« mit Ja in dem Sinne, daß diese Religion aufgebaut sein muß auf der sozialistischen Idee und dem Gefühl einer neuen Gemeinschaft und Gerechtigkeit unter den Völkern, daß sie undogmatisch und radikal aus dem Herzen des Menschen selbst hervorgehen muß und alle religiösen Begriffe nur als Versuche betrachtet, sich das Unendliche zu denken. Die Religion übernimmt aus der gesamten Religionsgeschichte die besten und schönsten Gedanken und sucht sie den Kindern in einem religionsgeschichtlichen Unterricht zu vermitteln.«

Noch ist alles in Gärung, und wir wissen nicht, wie sich die Dinge nach der hoffentlich bald kommenden völligen Trennung von Kirche und Staat weiterentwickeln werden. Zweck unseres Aufsatzes war auch nur, das Problem »Sozialdemokratie und Kirche«, wie es sich historisch herausgebildet hat, vor dem Leser aufzurollen, um sodann ein Stimmungsbild aus der Gegenwart zu geben. Wir verzichteten deshalb auch darauf, an dieser Stelle in eine Prüfung der Frage einzutreten, ob die sozialdemokratische Weltanschauung überhaupt mit dem Urkern des Christentums (nicht bloß dem dogmatischen, sondern auch dem sittlichen) vereinbar ist oder nicht. Die Haltung unserer Partei zur Kirche beider Bekenntnisse wird auch in Zukunft kaum einer Änderung bedürfen. Die Sozialdemokratie hat durchaus keinen Anlaß, die Religion als solche zu bekämpfen, sondern nur den Geistlichen, beziehungsweise die kirchliche Behörde, die sich zum Beschützer des Kapitalismus aufwirft.

## Unser Obstbau als Ernährungsfaktor.

Von Herm. Krafft.

Unser Obstbau hätte während des Krieges ein nicht hoch genug zu schätzender Ernährungsfaktor sein können. Allein er hat so ziemlich versagt. Was er nicht gewesen ist, das muß er aber in Zukunft werden. Wir brauchen die Erzeugnisse des Obstbaues in großen Mengen für Ernährungszwecke. Vor dem Kriege galt das Obst durchweg als Genußmittel, unterdessen ist sein Wert als Nahrungsmittel erkannt worden. Soll aber das Obst als Nahrungsmittel Bedeutung erlangen, so muß der Obstbau andere Bahnen wandeln als vor dem Kriege.

Obgleich der deutsche Obstbau ein nach Jahrhunderten zählendes Alter auf dem Rücken hat, so ist die Erzeugung im Verhältnis zum Verbrauch erheblich zurückgeblieben. Andere Länder mit erheblich jüngerem Obstbau machten sich durch ausgedehnte Pflege ihrer Obstkulturen die Niederlage bei uns zunutze und warfen ungeheure Mengen guten Obstes auf den deutschen Markt. Die Einfuhr frischen Obstes stieg von Jahr zu Jahr, wenn auch nicht mit einer sogleich ersichtlichen Regelmäßigkeit. Das schwankende Ernteergebnis in den einzelnen Jahren ist Ursache, daß auch die Einfuhrziffern schwanken. Die gewaltige Zunahme der Einfuhr wird aber augenfällig, wenn man längere Jahresreihen miteinander vergleicht. In dem Jahrzehnt 1885 bis 1895 schwankte die Einfuhr frischen Obstes zwischen rund 98